

Ein wahres Wort über die Lage der Industrie in Deutschösterreich.

Von Dr. Gustav v. Weiz-Weidenstein.

Generalsekretär der Vereinigung der deutsch-österreichischen Industrie.

Wien, 28. Dezember.

Die Nationalversammlung arbeitet mit anerkanntem Fleiß. Sie hat eine große Anzahl von Gesetzen beschlossen; ebenso eifrig ist der Staatsrat tätig. Vollzugsverordnungen füllen täglich die Spalten der „Wiener Zeitung“. Besonders eifrig waren die Nationalversammlungen auf dem Gebiete der Steuer- und Sozial-

politik. Neue Steuern sollen der Industrie auferlegt werden; ein Steuerfluchtgesetz wird dem Geld- und Warenverkehr manche Schwierigkeiten und Weitwendigkeiten bereiten; eine fortschreitende Sozialpolitik bringt dem Arbeiter wesentliche Vorteile, der Industrie neue Lasten. Nach einer Richtung hat aber die Nationalversammlung vollkommen versagt. Wir finden nicht ein Gesetz, nicht eine Verordnung, welche der Industrie, die doch die Hauptträgerin aller Steuern und sozialpolitischen Lasten ist, irgendwelche Begünstigung bringen oder ihr in dieser schweren Uebergangszeit ihre Existenz erleichtern, die Produktion fördern, die Wiederbelebung des Geschäftsverkehrs ermöglichen würde. Unerträglich wird an dem System der Zwangswirtschaft festgehalten. Man irrt sich noch immer Vorratswirtschaft, als ob wir noch einen jahrelangen Krieg vor uns hätten, eine Vorratswirtschaft, welche jeder logischen Begründung entbehrt. Denn entweder wird der Friede den freien Verkehr bringen, dann müßten alle Vorräte, die wir noch besitzen, schleunigst der Verarbeitung zugeführt werden, nicht bloß weil hiedurch die Produktion, was am notwendigsten ist, wieder in Gang gesetzt werden kann, sondern weil den jetzt künstlich zurückgehaltenen Vorräten an Rohmaterial und Halbfabrikaten die Gefahr der Entwertung droht. Wird der freie Verkehr aber nicht eröffnet, dann sind die Vorräte sicher nicht groß genug, um eine Alimentierung der Betriebe auf die Dauer zu sichern, und die heutige Zurückhaltung hat für die Zukunft keinen Vorteil gebracht, aber in der Gegenwart den Uebergang zur Friedenswirtschaft wesentlich erschwert. Diese Gedanken drängen sich unwillkürlich auf, wenn man sieht, daß unser Handelsamt noch jetzt an dem Gedanken der Zwangswirtschaft festhält. Dieses System hat schon während des Krieges manche Kritik erfahren müssen, die aber schließlich mit dem Hinweis auf die Notwendigkeiten des Krieges und dem sicheren Versprechen, daß mit Kriegsende sofort mit dem Abban der Zwangswirtschaft begonnen würde, zum Schweigen gebracht wurde. Der Zerfall der Monarchie hat mit einem Schlage die Zwangswirtschaften gesprengt, flugs wurden aber neue deutschösterreichische Zwangswirtschaften geschaffen, deren Herrschaftsgebiet nicht einmal feststeht, deren Bestand aber genügt, um die Schwierigkeit der innerösterreichischen Industrie in der Uebergangswirtschaft zu vergrößern.

Wenn man nun die Steuer Gesetze durchsieht, kommt man zur Ueberzeugung, daß dieselben mit ihren horrenden Sätzen, mit ihren neuen Fälligkeitsterminen nur dann einen befriedigenden finanziellen Ertrag liefern können, wenn das Hauptsteuerojekt, die Industrie, tragfähig ist. Wie steht es aber damit? Wenn wir genauer die Verhältnisse der innerösterreichischen Industrie erforschen, kommen wir zu dem Ergebnis, daß, so seltsam es klingt, bei denjenigen, welche als typische Kriegsindustrien angesehen werden müssen, bei der Munitions- und Rüstungsindustrie, Kriegsgewinne überhaupt nicht mehr vorhanden sind. Woher kommt dies? Es ist wohl richtig, daß in den ersten zweieinhalb Kriegsjahren, etwa bis zum Beginn des Jahres 1917, die Munitions- und Rüstungsindustrie mit ansehnlichem Nutzen gearbeitet hat, wiewohl letzterer meist aber nicht etwa übermäßigen Preisen, sondern den großen Umsätzen zuzuschreiben ist. Von diesen großen Gewinnen sind Steuern, und zwar sowohl die normalen als die Kriegssteuern, bereits eingehoben und zum größten Teil bezahlt. Mit Beginn des Jahres 1917 hat sich das Blatt vollkommen gewendet. Die Löhne schnellten ständig in die Höhe, die Materialien wurden von Tag zu Tag teurer, und die Preise, welche das Kriegsministerium Konzedierte, stiegen durchaus nicht in dem gleichen Maße. Dabei traten schon seit dem Jahre 1917 Unterbrechungen durch Kohlen- und Materialmangel ein, welche eine wesentliche Höherbelastung der Industrien mit Regien, Arbeitslöhnen und Zinsenverlusten zur Folge

5
29. XII. 1918

hatten. Schon 1917 schrumpften die Gewinne stark zusammen. Mittlerweile hatte das Kriegsministerium das sogenannte Hindenburg-Programm entworfen, welches eine große Produktionssteigerung zum Ziele hatte. Alle diejenigen Firmen, welche sich bereit erklärten, ihre Produktion diesem Programm gemäß einzurichten, mußten große Investitionen vornehmen. Diese wurden selbstverständlich aus den Rücklagen und Gewinnen der vorangegangenen Jahre gemacht, und so wandelten sich die Geldreserven in Maschinen und Baulichkeiten um. Jetzt kam das für die Industrie tragische Ereignis, daß das Hindenburg-Programm infolge verschiedener Umstände, insbesondere Kohlen- und Materialmangels, niemals zur Ausführung gelangte, die großen Investitionen auch nicht einmal fruchtbar verwertet oder aus Gewinnen auch nur teilweise zur Abschreibung gelangen konnten.

Die Hemmnisse der Erzeugung stiegen gegen Schluß des Jahres 1917, steigerten sich weiter im Jahre 1918 und so fielen die Gewinnziffern und verwandelten sich schon vielfach in Verlust. Plötzlich am 30. Oktober 1918 war es mit allen Kriegslieferungen zu Ende. Es ist selbstverständlich, daß die Rüstungsindustrie mit einer solchen Eventualität rechnen mußte und auch stets gerechnet hat. Aber immerhin hatte man nicht vorausgesehen, daß der Friede auch den Zusammenbruch des Staates herbeiführen würde und die in den Verträgen enthaltenen Stornierungsklauseln nicht in Geltung bleiben würden. Sie gingen im Wesen dahin, daß die im Augenblick der Stornierung fertiggestellten Waren übernommen, gewisse im Stadium der Produktion weit fortgeschrittene weitere Erzeugnisse zu Ende gearbeitet und gleichfalls übernommen würden, während das überwiesene Rohmaterial einer zu erlassenden Verfügung entsprechend zur Friedensarbeit Verwendung finden könnte. Diese Stornierungsklauseln in den Verträgen sind jedoch, wie vieles andere, wertloses Papier geworden. Niemand ist da, der bis zum 30. Oktober bereits fertiggestellte Waren übernehmen will (wenigstens in Deutschösterreich), niemand ist da, der irgendwelche Verfügung trifft oder Entschädigung leistet für im Produktionsprozess soweit begriffene Rohmaterialien, daß sie anderweitig nicht mehr Verwendung finden können; ja selbst die Disposition über die Rohmaterialien ist erst nach Wochen im Sinne der Freigabe der Verarbeitung erfolgt. Die letztere Verzögerung wäre geradezu katastrophal geworden, wenn nicht die Unternehmer eigenmächtig gehandelt hätten, ohne erst die Weisung des Amtes für Uebergangswirtschaft abzuwarten. Man bedenke nur weiter: Die Rüstungsindustrie ist seit bald einem Jahre Gläubiger der Heeresverwaltung. Trotz aller Mahnungen war keine Zahlung, ja nicht einmal Abschlagszahlungen zu erlangen. Die liquiden Forderungen der deutschösterreichischen Industrie allein belaufen sich, wie man hört, auf 800 Millionen Kronen. Man schätzt weiter die Forderungen an die bestandene Kriegsmarine — mit der Uebergabe unserer Marine an den jugoslawischen Staat ist auch die Marine-sektion verschwunden und diese Forderungen säweben in der Luft — auf 200 Millionen Kronen. Man bedenke weiter, daß außer diesen liquiden Forderungen solche aus der Stornierung der Verträge in ansehnlichem Maße entstanden sind. Ferner laßt nicht vergessen werden, daß die Kriegsindustrie enorme Summen Kriegsanleihe in ihren Portefeuilles hat, das Mehrfache dessen, was sie an Kriegsteuer zu zahlen gehabt hat und daß in den meisten Fällen die liquiden Forderungen an die Heeresverwaltung bei Aktiengesellschaften das Aktienkapital weit übersteigen, bei einzelnen Firmen höher sind, als der Wert der industriellen Anlagen, daß das Weiterarbeiten jetzt bei der Licht- und Kraftdroßelung und der Kohlensperrte täglichen Verlust bringt und man wird einsehen, daß die Kriegsgewinne längst verschwunden sind. Ein Grund zu übertriebenem Pessimismus ist, hoffen wir, nicht vorhanden. Die deutschösterreichische Industrie ist gut eingerichtet, besitzt ein